

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie

aus dem Landtag und dem Kreis Warendorf



Inklusion

Rauchverbot

Ärztmangel



Liebe Leserinnen und Leser,

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern stieß bei der letzten Plenarsitzung und einer zweitägigen Anhörung im Juni auf massive Ablehnung. Experten von Gewerkschaften, Kirchen, Eltern und Wohlfahrtsverbänden kritisierten im Landtag NRW handwerkliche Mängel am Gesetzentwurf und vermissten verbindliche Qualitätsstandards für Diagnostik, gemeinsamen Unterricht

sowie Ausstattung mit Lehrkräften und Finanzausstattung.

Eins ist klar: Die Landesregierung schadet mit dem Gesetzentwurf nicht nur den Kindern, Eltern, Schulen und Lehrkräften, sondern lässt vor allem auch die Kommunen im Stich. Diese Meinung teilen auch die kommunalen Spitzenverbände. Ihr einhelliger Tenor: Bleibt die Landesregierung bei ihrer Position, keine zusätzlichen



Bild: S. Hofschaeger / pixelio.de

Mittel lockerzumachen, wollen die Kommunen klagen. Nach ihrer Ansicht greift bei der massiven Veränderung einer bestehenden Aufgabe das Konnexitätsprinzip: Wer bestellt bezahlt.

Die Anhörung und auch die Debatte im Landtag hat gezeigt: Der Gesetzentwurf gibt keine eindeutigen Antworten auf Fragen der Finanzierung und ausreichenden Lehrerausstattung. Eine solide Finanzierung zeichnet sich durch eine transparente Darstellung aus, an der es dem vorliegenden Gesetzentwurf hingegen erkennbar fehlt.

Ihre

Astrid Birkhahn

Mein Mitarbeiter-Team

Mein Mitarbeiter-Team hat sich seit dem 1. Juni 2013 neu aufgestellt. Dr. Stephan Terhorst wechselt als persönlicher Referent des CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet in die Landesgeschäftsstelle. Seine Nachfolge tritt Fabian Götz an. Er steht Ihnen bei Fragen oder

Anregungen von montags bis freitags in meinem Landtagsbüro zur Verfügung. Mein Wahlkreisbüro wird weiterhin von Katrin Klabunde besetzt. Sie erreichen Sie Mo. bis Fr. 08.00 Uhr bis 12.30 Uhr sowie Mo. und Mi. 13.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Mein Mitarbeiter im Landtag



Fabian Götz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Tel.: 0211-884-4256

Fax: 0211-884-3310

E-Mail:

fabian.goetz@landtag.nrw.de

Meine Mitarbeiterin im Wahlkreis



Katrin Klabunde

Mitarbeiterin

Tel.: 02581-5299939

Fax: 02581-5299889

E-Mail:

katrin.klabunde@landtag.nrw.de

Aktiv gegen Ärztemangel in ländlichen Regionen vorgehen

Der demografische Rückgang der Bevölkerung hat schwerwiegende Folgen für die Lage im ländlichen Raum. Er wirkt sich besonders auf die hausärztliche Versorgung aus. Die CDU-Fraktion hat das Thema mit ihrem Antrag „Hausärztliche Versorgung in allen Landesteilen sicherstellen“ auf die landespolitische Agenda gesetzt. „Wir wollen den Arzt vor Ort“, so der Botschaft. „Die CDU setzt mit ihrer Initiative ein deutliches Zeichen. Bis 2020 werden 33.000 Arzt-Vollzeitstellen unbesetzt sein. Dies werden die ländlichen Teile in NRW besonders stark zu spüren bekommen. Hier muss die Landesregierung nicht nur Reden schwingen, sondern endlich auch einmal Handeln“, sagt Astrid Birkhahn.

„Auch in einigen Gemeinden im Kreis Warendorf wie Sendenhorst, Telgte oder Wadersloh droht eine Gefährdung der hausärztlichen Versorgung. Dagegen müssen wir was tun“, sagt Astrid Birkhahn.

Der Antrag der CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung dazu auf, ihren Sicherstellungsauftrag nicht nur in Bezug auf die Krankenhausstrukturen nachzukommen, sondern eine flächendeckende hausärztliche Versorgung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zu gewährleisten. Die CDU schlägt unter anderem deshalb vor in den Zielvereinbarungen zwischen Politik und den Universitäten darauf hinzuwirken, dass

Anreize für Studentinnen und Studenten gesetzt werden, nach dem Studium eine Hausarztpraxis im ländlichen Raum zu übernehmen. Zudem müsse es in Zukunft ein Stipendienprogramm geben, das an eine zeitlich begrenzte Verpflichtung zur hausärztlich ländlichen Tätigkeit gekoppelt ist.



Laut Angaben des NRW-Gesundheitsministeriums sind auch Gemeinden im Kreis Warendorf von der Gefährdung der hausärztlichen Versorgung bedroht. (Bild: Harry Hautumm /pixelio.de)

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Vom 19. bis 21 Juni standen drei ereignisreiche Plenartage an. Dabei machte die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag zur Finanzverantwortung der Landesregierung bei dem Thema Inklusion klar, dass das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ außer Acht gelassen wird. Deshalb forderte die CDU-Fraktion dazu auf den Gesetzesentwurf zurückzuziehen und qualitativ zu verbessern.



In einer zweiten Lesung beriet der Landtag über den Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen. Der Entwurf wurde von der Landesregierung ins Plenum eingebracht. Auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der PIRATEN stimmte der Landtag einstimmig gegen eine Anpassung der Abgeordnetenbezüge an die Bruttoverdienste der Angestellten und Beamten sowie der Renten, Sozialhilfesätze und Verbraucherpreise. Damit verzichteten die Abgeordneten in den kommenden zwei Jahren auf eine Erhöhung ihrer Bezüge. Für das Gelingen der Energiewende und die Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele, stellte die CDU den Antrag den Kraftwerksbau „Datteln IV“ fortzusetzen. Alle Entscheidungen dieser Plenarwoche sowie die dazugehörigen Reden finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de

Birkhahn im Amt bestätigt

Die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn ist auf dem 49. Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Warendorf-Beckum mit großer Mehrheit (80,7 Prozent) erneut zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt worden. Zudem wählten die Delegierten mit großer Harmonie Reinhold Sendker MdB erneut zum Kreisvorsitzenden. Zu den weiteren Stellvertretern Sendkers wählte der Parteitag außerdem Hennig Rehbaum, MdL, Stephan Schulze-Westhoff und Peter Lehmann. CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet war zum Parteitag nach Warendorf gereist, um dem neuen Vorstand zu gratulieren.



Verint: Die CDU-Führungsriege im Kreis Warendorf: (v. l.) Schatzmeister Heinz-Josef Schulze Kappelhoff, Stephan Schulze Westhoff (Stellvertretender Vorsitzender), Schriftführer Michael Meinke, Astrid Birkhahn (Stellvertretende Vorsitzende), Peter Lehmann (Stellvertretender Vorsitzender), Europa-Abgeordneter Dr. Markus Pieper, Kreisvorsitzender Reinhold Sendker (MdB), Stellvertretender Schatzmeister Burkhard Marx, Stellvertretende Schriftführerin Elke Duhme, Henning Rehbaum (Stellvertretender Vorsitzender und Landrat Dr. Olaf Gericke.

Rauchverbot gefährdet Existenz der Gastronomen

Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn zeigt Verständnis für die Schützen, Karnevalisten und Wirte, die sich vermehrt gegen das rot-grüne Rauchverbot auflehnen. „Die CDU hat sich von Anfang an gegen die rot-grüne Verschärfung des Rauchverbots in NRW ausgesprochen. SPD und Grüne entmündigen damit den normalen Bürger. Die Welle der Verbote muss endlich zu Ende gehen. Freie und eigenverantwortliche Bürger werden vollkommen unnötig per Gesetz bevormundet“, sagt Birkhahn.

Das Gesetz der rot-grünen Landesregierung gefährdet zudem zahlreiche Jobs in der Gastronomie. „Durch das Rauchverbot können demnächst so viele Bürger zu Hause bleiben, dass sich die Durchführung eines Schützenfestes nicht mehr rechnet. Auch Festzeltverleiher, die nicht mehr genügend Einnahmen machten, steigen dann aus. Außerdem fürchten ehrenamtliche Vereinspräsidenten, bei Verstößen von Gästen gegen das Rauchverbot persönlich mit Bußgeldern bestraft zu werden“, so Birkhahn.

Jetzt zeigt sich: Vor der Verschärfung des Rauchverbotes hat NRW bereits ein gutes und funktionierendes Nichtraucherschutzgesetz gehabt. Die CDU-geführte Landesregierung hat seinerzeit als erste Landesregierung in NRW überhaupt einen konsequenten Nichtraucherschutz durchgesetzt.

„Unsere Zukunft – Europa 2020“

Am 7. Juni 2013 fand unter diesem Motto ein Projekttag für eine Klasse der Kaufleute für Dialogmarketing sowie der Kaufleute für Bürokommunikation am Max-Weber-Berufskolleg in Düsseldorf statt. Unter der Leitung von Axel Strasser von „Bürger Europas e.V.“ haben sich die Berufsschülerinnen und -schüler auf interaktive Art und Weise mit den Inhalten und der Umsetzung der Strategie Europa 2020 in der EU und Deutschland auseinandergesetzt.

Als Schwerpunkt nahmen die Schülerinnen und Schüler die europäische Bildungs- und Beschäftigungspolitik in einer lebhaften Diskussion mit Astrid Birkhahn unter die Lupe.



Rot-Grüner „Kommunal-Soli“ sorgt auch im Kreis Warendorf für „Land unter“



Im Kreis Warendorf erhalten nicht alle Städte Schlüsselzuweisungen aus dem aktuellen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) Bild: Michael Sch./wikipedia.de

Als „schwere Belastung“ für die kommunalen Haushalte bewertet die heimische CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn den von der rot-grünen Landesregierung im Rahmen des Stärkungspaktes ab 2014 vorgesehenen sogenannten „Kommunal-Soli“. Diese Zwangsabgabe wird von „abundanten“ Kommunen, das sind Kommunen ohne Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz, eingefordert. Sie müssen ab dem Jahr 2014 für sieben Jahre rund 185 Millionen Euro jährlich zur finanziellen Unterstützung für verschuldete Kommunen beitragen. Insgesamt sind bis zum Jahr 2020 mehr als 1,3 Milliarden Euro von angeblich „reichen“ Kommunen aufzubringen. In Nordrhein-Westfalen gibt es aber keine grundsätzlich „reichen“ Kommunen mehr. Die CDU-Abgeordnete zeigt sich massiv verärgert: „Auch im Kreis Warendorf erhalten zum Beispiel Beelen und Oelde aus dem aktuellen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) keine Schlüsselzuweisungen; sie gelten als abundant. Nun sollen sie auch noch einen finanziellen Beitrag als Hilfe für überschuldete Kommunen leisten.

Das ist nicht gerecht.“ Mithilfe einer Modellrechnung zum GFG 2013 werde heute schon deutlich, welche zusätzlichen Belastungen auf die betroffenen Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf zukommen. Astrid Birkhahn betont, dass die konkreten Zahlen des „Kommunal-Soli“ erst mit der Verabschiedung des GFG 2014 im Herbst dieses Jahres feststehen.

Nach dieser Modellrechnung müsste Oelde mit einer zusätzlichen Belastung des kommunalen Haushalts von rund 1,8 Millionen Euro rechnen. Durch diese weitere Belastung wird die Solidarität innerhalb der kommunalen Familie überstrapaziert und die abundanten Städte und Gemeinden der sehr konkreten Gefahr eines Abgleitens in die Haushaltssicherung ausgesetzt. Ein „Soli“ der Kommunen für den „Stärkungspakt“ sei höchst fragwürdig, „Man stärkt die Schwachen nicht dadurch, dass man die Starken schwächt“, sagt Astrid Birkhahn.

Besuche im Landtag

Regelmäßig biete ich Fahrten in den Landtag an. Genauere Termine folgen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, zusätzlich zu den angebotenen Terminen den Landtag zu besuchen. Möchten Sie also mit einer Gruppe (z. B. Ihrem Verein oder Ortsverband) solch einen Besuch durchführen, wenden Sie sich bitte an Frau Klabunde unter Tel: 02581-5299939 für weitere Abklärungen. Ich freue mich auf Ihren Besuch!

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Telefon: 0211 - 884 - 2744

Telefax: 0211 - 884 - 3346

E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de

www.astrid-birkhahn.de